
Vorstoss-Nr: 047-2011
Vorstossart: **Motion**

Eingereicht am: 01.02.2011

Eingereicht von: Baltensperger (Zollikofen, SP) (Sprecher/ -in)
Steiner-Brütsch (Langenthal, EVP)
Linder (Bern, Grüne)
Sommer (Wynigen, FDP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit:

Datum Beantwortung: 22.06.2011
RRB-Nr: 1086/2011
Direktion: ERZ



Berufseinstieg von Lehrpersonen besser verankern

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Berufseinstiegsphase von Lehrpersonen von maximal zwei Jahren gesetzlich zu verankern. Die Schulleitungen schliessen für diese Phase mit den einsteigenden Lehrpersonen eine Vereinbarung ab, in der festgehalten wird, wie diese Phase ausgestaltet sein soll. Den Schulleitungen steht für Unterstützungsmassnahmen ein Ressourcen-Pool zur Verfügung.

Begründung:

Die Biographien von Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteigern sind sehr unterschiedlich, entsprechend sind auch die Bedürfnisse nach Unterstützungsmassnahmen nicht bei allen gleich. Es ist deshalb eine Lösung zu suchen, die dem Berufseinstieg die nötige Beachtung schenkt und dennoch individualisierte Wege zulässt.

Die Ausbildung zum Bachelor, also die Ausbildung zur Volksschullehrerin oder zum Volksschullehrer, kostet rund 90 000 Franken. Internationale Studien zeigen, dass rund 30 Prozent der frisch Ausgebildeten innerhalb des ersten Jahres wieder aus dem Beruf aussteigen. Ebenso zeigen Erhebungen, dass diese Zahl mit einer adäquaten Betreuung beim Berufseinstieg um bis zu 50 Prozent verringert werden kann.

Das Anreizsystem, das für diese besonders sensible Phase mit einem Ressourcen-Pool zur Verfügung steht, soll dafür sorgen, dass

- Berufseinsteiger/-innen die Begleitung und Unterstützung erhalten, die sie benötigen, um dem Lehrerberuf erhalten zu bleiben
- dass die gut ausgebildeten Berufseinsteiger/-innen die besten Voraussetzungen erhalten, möglichst schnell Profis zu werden, zu ihrem Wohl und zum Wohl des Kindes
- die Schulleitungen mittels der zwingenden Vereinbarung vermehrt auf das Problem der Einstiegsphase aufmerksam gemacht werden und ihnen Handlungsspielraum für Unterstützung gegeben wird

Wenn wir bei rund 400 bis 500 neuen Lehrpersonen pro Jahr erreichen können, dass 50 Prozent weniger von ihnen dem Beruf den Rücken kehren (15 statt 30 %), haben wir etwas gegen den Lehrermangel, besonders aber auch etwas für die Bildungsqualität, die Berufszufriedenheit, das Berufsimago und die Finanzen unseres Kantons erreicht.

Antwort des Regierungsrates

Ausgangslage

Die vorliegende Motion fordert den Regierungsrat auf, die Berufseinstiegsphase von Lehrpersonen gesetzlich zu verankern und den Schulleitungen dafür finanzielle Unterstützungsmassnahmen zur Verfügung zu stellen. Der Regierungsrat teilt die Ansicht der Motionärinnen und Motionäre, dass die erste Phase des Berufseinstiegs als Lehrerin oder Lehrer für einen erfolgreichen Einstieg ins Berufsleben und den späteren Berufserfolg sehr bedeutend ist. Er erachtet es als wichtig, die jungen Lehrpersonen im Übergang zwischen Anfänger und Experte mit geeigneten Massnahmen zu unterstützen. Er hat deshalb im Leistungsauftrag an die Pädagogische Hochschule Bern (PH Bern) für die Jahre 2010 bis 2013 festgelegt, dass die PH Bern für Lehrpersonen, die neu in den Schuldienst eintreten, eine 2-jährige Berufseinführung bereit stellt. Dies nicht zuletzt, weil in der Grundausbildung an der PH Bern aus zeitlichen Gründen nicht umfassend auf den Berufsalltag eingegangen werden kann. Die Berufseinstiegsphase bildet somit nach der Grundausbildung einen wichtigen Teil der Weiterbildung.

Zu den Anliegen der Motion im Einzelnen

Mit einem vielseitigen Angebot unterstützt das Institut für Weiterbildung (IWB) der PH Bern die Lehrpersonen in den ersten beiden Berufsjahren darin, das erworbene Wissen im Alltag nutzbar zu machen, ihr Selbstvertrauen zu stärken, die Integration in den Schulbetrieb zu erleichtern und ihnen Unterstützung in anspruchsvollen Situationen zu bieten. 80 bis 90 Prozent aller Lehrpersonen, die die Ausbildung am Institut Vorschulstufe und Primarstufe abgeschlossen haben, nutzen jene Angebote. Auf der Sekundarstufe I und II ist das Bedürfnis nach Unterstützung in der Berufseinführungsphase geringer. Die Angebote zur Berufseinführung sind für die Berufseinsteigenden gratis und werden vollumfänglich vom Kanton subventioniert.

Zusätzlich zum Angebot des IWB besteht jedoch Handlungsbedarf vor Ort in den Schulen. In diesem Sinne unterstützt der Regierungsrat die Anliegen der Motion. Die Motionärinnen und Motionäre fordern, dass die Schulleitungen in der Berufseinstiegsphase mit den Lehrpersonen eine Vereinbarung abschliessen und festhalten, wie diese erste Phase ausgestaltet werden soll. Eine solche grundsätzliche Vorgabe ist nach Meinung des Regierungsrates nicht notwendig und zielführend. Vielmehr sollte die in der Motion geforderte Unterstützung der Lehrpersonen individuell erfolgen. Dies nicht zuletzt, weil sich in der Praxis zeigt, dass längstens nicht alle jungen Lehrpersonen eine Unterstützung notwendig haben und wünschen. Als beste Massnahme vor Ort sieht der Regierungsrat – wie dies in der Motion gefordert wird – die Begleitung der jungen Lehrpersonen durch eine erfahrene Lehrperson (Mentorin bzw. Mentor).

Die Finanzierung einer Unterstützung der Berufseinsteigenden durch Mentorinnen oder Mentoren kann über den Schulpool erfolgen (Art. 92 LAV). Die Schulleitung kann bereits heute für die Erfüllung von Spezialaufgaben Ressourcen aus dem Schulpool einsetzen, jedoch jeweils zu Lasten der übrigen Aufgaben, die mit einem Schulpool finanziert werden. Im Rahmen des Projekts „Stärkung der Schulleitung“, welches zum Ziel hat, die kantonalen Rahmenbedingungen so anzupassen, dass die Schulleitungen der Volksschule und des Kindergartens über einen geklärten Auftrag, einen Handlungsspielraum und genügend Ressourcen verfügen, wird zudem die Einführung eines Führungspools – anstelle verschiedener Pools – geprüft. Der zielgerichtete Einsatz der vorhandenen Mittel für bestimmte Aufgaben, wie z. B. für Mentorinnen und Mentoren, aber auch für andere Spezialfunktionen, soll dabei der Schule vor Ort obliegen. In diesem Zusammenhang wird der Regierungsrat – trotz der schwierigen finanziellen Lage des Kantons Bern – eine Aufstockung

der finanziellen Mittel dieses Gesamtpools prüfen. Er ist sich aber auch bewusst, dass dies zu Lasten anderer Aufgaben gehen könnte.

In ihrer Begründung legen die Motionärinnen und Motionäre dar, dass rund 30 Prozent der neu ausgebildeten Lehrpersonen innerhalb eines Jahres aus dem Beruf aussteigen. Die Motionärinnen und Motionäre führen aus, dass durch das Minimieren der Anzahl Aussteiger/-innen im ersten Berufsjahr durch unterstützende Massnahmen grosse Kosteneinsparungen gemacht werden könnten. Eine genaue Berechnung dieser Kosteneinsparung ist jedoch zurzeit nicht möglich, weil es keine gesicherten Zahlen gibt, die dies belegen könnten. Internationale Studien gehen aber davon aus, dass jede Lehrperson, die den Beruf innerhalb des Einführungsjahres verlässt, dem Staat enorme Mehrkosten verursacht. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass mit einer umfassenden Berufseinführung (im Rahmen der Weiterbildung und vor Ort in den Schulen) die Chance des Berufsverbleibs vergrössert werden kann und somit Kosten eingespart werden können. Dies wird er bei der oben erwähnten Finanzierungsprüfung berücksichtigen.

Schlussfolgerungen

Angesichts der obigen Ausführungen erachtet der Regierungsrat eine gesetzliche Verankerung der Berufseinführung nicht als erforderlich. Er prüft jedoch eine bessere Finanzierung der Berufseinführung vor Ort in den Schulen. Die Einführung eines eigenen Pools für die Berufseinführung ist aufgrund des noch nicht abgeschlossenen Projekts „Stärkung der Schulleitung“ zurzeit nicht angezeigt.

Antrag: Annahme als Postulat

An den Grossen Rat